

Energie-Control Austria
Rudolfplatz 13A
1010 Wien

Per Email an: recht-post@e-control.at, carola.millgramm@e-control.at, markus.krug@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von
GVSV V SOS G 0124

Unser Zeichen
AI

DW
37

Datum
11.03.2024

Stellungnahme des Fachverbandes der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen zum Begutachtungsentwurf der Novelle der Gasversorgungsstandardverordnung (GVSV)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen bedankt sich für die Möglichkeit zur Begutachtung der Novelle der Gasversorgungsstandardverordnung (GVSV) und nimmt hierzu wie folgt Stellung.

Der geltende § 121 Abs 5 GWG enthält die Verpflichtung der Gasversorger, für jeden geschützten Kunden den Versorgungsstandard gemäß Art 6 Gas-SoS-VO zu gewährleisten. Der bestehende Versorgungsstandard wurde durch den § 121 Abs 5a GWG, welcher am 1. Oktober 2024 in Kraft treten wird, dahingehend verschärft, dass Versorger nachweislich die Versorgung der geschützten Kunden im Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 1. März für 45 Tage gewährleisten müssen. Dieser Zeitraum verkürzt sich auf 30 Tage, wenn gegenüber der Regulierungsbehörde nachgewiesen wird, dass die nach § 121 Abs 5a vorzuhaltenden Gasmengen ausschließlich aus nicht-russischer Herkunft sind. Der vorliegende Begutachtungsentwurf soll in § 4 Abs 5 GVSV die Details zu dieser Nachweispflicht festlegen.

Möglichkeiten zur Nachweiserbringung nicht-russischen Gases:

- Aus dem Verordnungstext geht hervor, dass Nachweise für die Reduktion der Verpflichtung von 45 auf 30 Tage den Anforderungen der Energiebeschaffungsplattform gemäß Verordnung (EU) 2022/2576 zu entsprechen haben. Da diese Verordnung sehr weit gefasst

ist (bis hin zu Standardvorschriften für Solidaritätsmaßnahmen) ersuchen wir um Klarstellung, auf welche Abschnitte bzw. Artikel hierbei im Konkreten abgestellt wird.

- In einem Email der Regulierungsbehörde vom 18.12.2023 an den Fachverband Gas Wärme wurde auf die Möglichkeit zur Nachweiserbringung nicht-russischem Gases im Rahmen der [Richtlinie zur Kapazitätskostenunterstützung für die Gasdiversifizierung](#) gem. Gasdiversifizierungsgesetz verwiesen. Wir ersuchen daher um Klarstellung, ob davon ausgegangen werden kann, dass die in der Richtlinie zum Gasdiversifizierungsgesetz beschriebene Möglichkeit der Nachweiserbringung auch im Rahmen des Versorgungsstandards Anwendung finden würde, und damit neben einer Beschaffung über die Einkaufsplattform der Europäischen Union (AggregateEU) auch alternative Möglichkeiten zur Nachweiserbringung offenstehen.

Erfüllung durch Vorlieferanten:

- Anders als in § 121 Abs 5 GWG geht aus dem Gesetzestext nicht eindeutig hervor, dass der Nachweis gemäß § 121 Abs 5a auch durch den Vorlieferanten erbracht werden kann. Für viele alternative Versorger, die die benötigten Gasmengen über Vollversorgungsverträge einkaufen, hätte dies zur Folge, dass sie Speichernutzungsverträge abschließen müssten und das trotz Vorliegens von Vollversorgungsverträgen. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass der Vorlieferant ohnehin Speichernutzungsverträge abschließt.
- Wir ersuchen diesbezüglich um Klarstellung sowie um Ergänzung folgenden Satzes in § 4 Abs 5 GVSV: „Der Nachweis kann auch durch den jeweiligen Vorlieferanten erfüllt werden“.

Notarielle Beglaubigung:

- Die geplante Änderung der Gasversorgungsstandard-Verordnung sieht in Bezug auf die Reduzierung der Vorhaltezeit von 45 auf 30 Tagen vor, dass diese Nachweise den Anforderungen der EU-Energiebeschaffungsplattform zu entsprechen haben sowie schriftlich, notariell beglaubigt und eindeutig nachvollziehbar vorzulegen sind. Da in Hinblick auf die geforderte Nachvollziehbarkeit keine weiteren Konkretisierungen folgen, bleibt unklar, in welcher Form (inhaltlich wie formal) diese zu erbringen ist.
- Die geforderte notarielle Beglaubigung erscheint in diesem Zusammenhang nicht zielführend, da ein Notar nicht in der Lage ist, die Unterlagen inhaltlich zu prüfen und die alleinige Bestätigung der Echtheit eingebrachter Unterlagen in dieser Thematik keinen erkennbaren Mehrwert darstellt.

- Weiters zieht dieses Vorgehen eine deutliche Zeitverzögerung der notwendigen Geschäftsabschlüsse sowie signifikante Mehrkosten nach sich, die sich im Endeffekt auf die Endkundenpreise auswirken werden. Dies insbesondere auch, da nicht nur einzelne, sondern eine Vielzahl derartiger Geschäfte abgeschlossen werden.
- Auch ist uE unklar, ob sich die notarielle Beglaubigung für die Nachweiserbringung der Beschaffung von nicht-russischem Gas nur auf den Beschaffungsvertrag bezieht.
- Wir ersuchen daher um Streichung der Notwendigkeit der notariellen Beglaubigung, sowie eine Konkretisierung der geforderten Nachvollziehbarkeit, wobei diese jedenfalls auf ein praktikables Maß beschränkt bleiben sollte.

Gültigkeitsdauer von Nachweisen nicht-russischen Gases:

- Nachweise von nicht-russischem Gas, das in österreichischen Speichern eingespeichert wurde, müssen über mehrere Jahre Gültigkeit behalten, um Gas auch in weiterfolgenden Jahren für die Erfüllung des Versorgungsstandards anrechenbar zu machen, sofern es nicht aus den Speichern entnommen wurde.
- Des Weiteren ist klarzustellen, dass auch bereits 2023 beschafftes Gas bei der Erfüllung des Versorgungsstandards seitens der Regulierungsbehörde berücksichtigt wird, um bereits tätig gewordene Unternehmen nicht zu bestrafen.

Herkunftsnachweissystem:

- Herkunftsnachweise sind derzeit nur für den Bereich der Erneuerbaren Gase gesetzlich geregelt. Um einen liquiden Markt für nicht-russisches Gas zu schaffen, sehen wir ein europäisches Herkunftsnachweissystem als wichtige Voraussetzung hierfür an.

Sondersituation der Erdgasbeschaffung in den Marktgebieten Tirol und Vorarlberg:

- Während das Marktgebiet Ost am Central European Gas Hub (CEGH) angebunden ist, hängen Tirol und Vorarlberg direkt an der deutschen Gasinfrastruktur und am Trading Hub Europe (THE). Somit sind die Gaslieferungen in die beiden westlichen Marktgebiete Vorarlberg und Tirol hinsichtlich Versorgungssicherheit im Zusammenhang mit russischen Gaslieferungen anders strukturiert, als dies im Marktgebiet Ost der Fall ist.
- Die Kosten Deutschlands für die Abkehr von russischen Lieferungen und Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit wurden in Form der deutschen Gasspeicherumlage auf die Kundinnen und Kunden umgelegt. Die Marktgebiete Vorarlberg und Tirol sind von

diesen Kosten massiv betroffen, weil jeder Exit aus Deutschland mit diesen Kosten der deutschen Gasspeicherumlage belegt ist.

- Selbst im „*Präventionsplan Gas der Republik Österreich*“ (Stand November 2023) des BMK finden die beschriebenen Umstände Berücksichtigung. Für die Markgebiete Vorarlberg und Tirol wurde im Präventionsplan Gas aus diesem Grund der mögliche Ausfall von russischen Gaslieferungen als geringes Risiko eingestuft: *„Da bereits seit dem kompletten Lieferstopp Russlands nach Deutschland auch kein russisches Gas vertraglich von Tirol und Vorarlberg bezogen wird, gibt es keine Auswirkungen und die Schwere des Risikos beträgt 1.“*
- Diese faktischen Umstände sollten bei der Erlassung der Gasversorgungsstandard-Verordnung jedenfalls beachtet werden.

Das Ziel des § 121 Abs 5a und des gegenständlichen Verordnungsentwurfes ist die Erhöhung der Versorgungssicherheit. Hierzu erlauben wir uns abschließend anzumerken, dass gespeichertes Gas unabhängig von dessen Herkunft kein Risiko im Sinne des Versorgungsstandards darstellen kann, weil dieses zum Zeitpunkt der Erhebung bereits in österreichischen Speichern verfügbar ist.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten um Berücksichtigung unserer Punkte. Für weitere Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Mag. Michael Mock
Geschäftsführer



Mag. (FH) Alexander Izmenyi, MSc
Referent Bereich Gas